

Stadtverordnetenversammlung

Protokoll Nr. STV/10/2015

**über die öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am
14.12.2015,
Ahrensburg, Reithalle des Marstalls, Lübecker Str. 8**

Beginn der Sitzung : 19:30 Uhr
Ende der Sitzung : 20:43 Uhr

Anwesend

Vorsitz

Herr Roland Wilde

Stadtverordnete

Frau Carola Behr

Herr Thomas Bellizzi

ab TOP 14 tlw.

Frau Doris Brandt

ab TOP 4

Herr Christian Conring

Herr Claas-Christian Dähnhardt

Herr Jürgen Eckert

Herr Peter Egan

Herr Jörg Hansen

Frau Anna-Margarete Hengstler

Herr Dustin Holzmann

Herr Detlef Levenhagen

Herr Hartmut Möller

Frau Marleen Möller

Herr Jochen Proske

Herr Bela Randschau

Frau Claudia Rathje

Herr Achim Reuber

Herr Hinrich Schmick

Frau Karen Schmick

Herr Christian Schmidt

Herr Christian Schubbert-von Hobe

Frau Martina Strunk

Herr Michael Stukenberg

Frau Doris Unger

Herr Heino Wriggers

Weitere Stadtverordnete, Beiratsmitglieder

Frau Mandy Florczik

Kinder- und Jugendbeirat bis
TOP 14

Herr Reinhard Hampel

Seniorenbeirat bis TOP 14

Herr Angelius Krause

Behindertenbeirat bis TOP 14

Verwaltung

Herr Michael Sarach

Bürgermeister

Herr Ulrich Kewersun

Herr Horst Kienel

Herr Felix Prochnow

Referendar FB II

Herr Thomas Reich

Frau Birgit Reuter

Protokollführerin

Herr Mathias Horsch

Veranstaltungstechnik

Entschuldigt fehlt/fehlen

Stadtverordnete

Herr Rafael Haase

Herr Tobias Koch

Herr Dirk Langbehn

Frau Monja Löwer

Herr Matthias Stern

Behandelte Punkte der Tagesordnung:

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der Beschlussfähigkeit
3. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
4. Einwohnerfragestunde
5. Festsetzung der Tagesordnung
6. Einwände gegen die Niederschrift Nr.09/2015 vom 23.11.2015
7. Berichte/Mitteilungen des Bürgermeisters
 - 7.1. Berichte gem. § 45 c GO
 - 7.2. Sonstige Berichte/Mitteilungen
 - 7.2.1. Finanzbericht Nr. 19/2015
 - 7.2.2. Arbeitstreffen mit der Partnerstadt Ludwigslust
 - 7.2.3. Fluglärm Stormarn
8. 23. Bericht der Gleichstellungsbeauftragten
9. Tarifierhöhung im badlantic **2015/156**
10. Vorschläge über Maßnahmen zur Konsolidierung des städtischen Haushalts **2015/131**
11. Satzung der Stadt Ahrensburg über die Erhebung einer Hundesteuer **2015/123/2**
12. Erlass einer Satzung über die Festsetzung der Hebesätze für die Realsteuern (Hebesatzsatzung)
A b g e s e t z t **2015/134**
13. III. Nachtragshaushaltssatzung 2015 **2015/159**
14. Städtebauförderung: Entwicklungsmöglichkeiten des Speichergebäudes hinter dem Marstall (Lübecker Straße 8 a) **2015/158**

1. **Begrüßung und Eröffnung der Sitzung**

Bürgermeister Wilde begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

2. **Feststellung der Beschlussfähigkeit**

Bürgermeister Wilde stellt die Beschlussfähigkeit fest.

3. **Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse**

In der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 23.11.2015 wurde folgender Beschluss in nicht öffentlicher Sitzung gefasst:

„Die ausstehenden Gewerbesteuerforderungen für die Jahre 1981 bis 1988 in Höhe von insgesamt 18.211,71 € wurden erlassen.“

4. **Einwohnerfragestunde**

Frau **Steinweg** bemängelt die Vorgehensweise einer Mitarbeiterin der Verwaltung, die gegen den eigenen Dienstherrn klagt.

Ein Bürger, wohnhaft im Pellwormstieg, bittet in Bezug auf die Nutzung der Grünfläche im Helgolandring für Flüchtlingsunterkünfte um Sachstandsbericht. Bürgermeister Sarach erklärt, dass das Grundstück am Helgolandring als Schulerweiterungsfläche ausgewiesen ist. Gleichwohl ist eine zwischenzeitliche Nutzung für die Unterbringung von Flüchtlingen zulässig.

Der Bürger bittet weiterhin um Auskunft über die Dauer der Nutzung des Grundstücks für die Unterbringung von Flüchtlingen und zum Sachstand „Sozialer Wohnungsbau“.

Bürgermeister Sarach verweist auf die Beschlussvorlage, in der von einem Zeithorizont von 5 bis 10 Jahren ausgegangen wird. Er geht davon aus, dass bis Ende 2017 ggf. weiterer sozialer Wohnraum zur Verfügung gestellt werden kann.

7. Berichte/Mitteilungen des Bürgermeisters

7.1. Berichte gem. § 45 c GO

Siehe nicht öffentliche **Anlage**.

7.2. Sonstige Berichte/Mitteilungen

7.2.1. Finanzbericht Nr. 19/2015

Der Finanzbericht Nr. 19/2015 ist als **Anlage** beigelegt.

7.2.2. Arbeitstreffen mit der Partnerstadt Ludwigslust

Im Rahmen eines vorweihnachtlichen Arbeitstreffens mit der Partnerstadt Ludwigslust wurden u. a. gemeinsame Jugendprojekte ab 2016 unter der Prämisse der Förderfähigkeit von EU-Mitteln geplant.

7.2.3. Fluglärm Stormarn

Bürgermeister Sarach berichtet, dass Vertreter des Kreises Stormarn in einer Besprechung bei der Fluglärmbeauftragten im Juli einen Antrag gestellt hätten, den Ansteuerungspunkt für anfliegende Flugzeuge von 7,5 NM auf 3,5 NM zurückzuführen. Diesem Antrag wurde von der Fluglärmkommission nicht gefolgt.

In einer Arbeitsgruppe wurde versucht, entsprechend nachzusteuern mit einer Formulierung, dass die Deutsche Flugsicherung aufgefordert wird, grundsätzlich die Anflughöhe von 3.000 Fuß erst zum spätmöglichen Zeitpunkt zu unterschreiten. Diesem wurde in der letzten Sitzung der Fluglärmkommission zugestimmt.

8. 23. Bericht der Gleichstellungsbeauftragten

Bürgermeister Wilde bedankt sich im Namen aller Stadtverordneten für die Ausarbeitung des umfangreichen Berichts der Gleichstellungsbeauftragten.

10. Vorschläge über Maßnahmen zur Konsolidierung des städtischen Haushalts

Stadtverordneter und Vorsitzender des Finanzausschusses, Herr Conring, hält den Sachvortrag.

Die Stadtverordneten nehmen den Beschlussvorschlag der Vorlagen-Nr. 2015/131 zur Kenntnis.

12. **Erlass einer Satzung über die Festsetzung der Hebesätze für die Realsteuern (Hebesatzsatzung)**
Ab g e s e t z t

Ab g e s e t z t .

13. III. Nachtragshaushaltssatzung 2015

Stadtverordneter und Vorsitzender des Finanzausschusses, Herr Conring, hält den Sachvortrag.

Stadtverordneter Proske erklärt, dass er dem III. Nachtragshaushalt nicht zustimmen werde. Es bestehe zwar die Erforderlichkeit der Zurverfügungstellung der Mittel zwecks Bereitstellung von Unterkünften für Flüchtlinge, der III. Nachtragshaushalt sei jedoch inhaltlich mit einer Standortentscheidung – Containerstandorte im Helgolandring und im Kornkamp – verbunden. Er hält diese Standortentscheidung für falsch und verweist auf seine Ausführungen im Sozialausschuss.

Stadtverordneter Stukenberg führt im Namen der Namen der FDP-Fraktion aus, dass die Mittel für Flüchtlingsunterkünfte zur Verfügung gestellt werden müssen. Er ist jedoch nicht davon überzeugt, dass am Helgolandring Container aufgestellt werden sollten. Er geht davon aus, dass bei konkreten Planungen die Verwaltung, nochmals auf die Stadtverordneten zukomme. Sollte es gelingen die Schulerweiterungsfläche kurzfristig an anderer Stelle auszuweisen, sollten Unterkünfte für die Flüchtlinge bereitgestellt werden, die die Möglichkeit des Umbaus in Sozialwohnungen ermöglichen.

Stadtverordnete Brandt weist im Namen der CDU-Fraktion darauf hin, dass in Zukunft ungewiss sei, ob Container noch geliefert werden würden. Bei Zuweisung neuer Flüchtlinge würde keine Möglichkeit der Unterbringung auch nicht mehr durch private Unterkünfte bestehen. Insofern sieht die CDU-Fraktion keine andere Lösung, als im III. Nachtragshaushalt die VE bereit zu stellen, sodass die Container, die die Möglichkeit bieten, diese ggf. zukünftig auch anderweitig ohne großen Aufwand umzunutzen, zeitnah bestellt werden können. Wenn sich im Zeitraum der Bestellung bis zur Auslieferung der Container weitere Standorte ergeben würden, könne die Standortentscheidung überdacht werden.

Stadtverordnete Schmick erklärt, dass grundsätzlich die Fläche im Helgolandring als Schulerweiterungsfläche geplant sei. Eine Nutzung des Grundstücks mit Containern sei akzeptabel, sie spricht sich jedoch gegen die Ausweisung von Sozialwohnungen an diesem Standort aus.

Stadtverordnete Brandt erklärt, dass im Sozialausschuss nicht darüber abgestimmt worden ist, dass an diesem Standort sozialer Wohnungsbau erfolgen soll und dies nicht Gegenstand der Abstimmung heute sei.

Anschließend stimmen die Stadtverordneten dem Beschlussvorschlag der Vorlagen-Nr. 2015/139 wie folgt zu:

Abstimmungsergebnis:	19 dafür
	4 dagegen
	2 Enthaltungen

14. Städtebauförderung: Entwicklungsmöglichkeiten des Speichergebäudes hinter dem Marstall (Lübecker Straße 8 a)

Stadtverordneter und Vorsitzender des Finanzausschusses, Herr Conring, hält den Sachvortrag.

Stadtverordneter Möller plädiert im Namen der SPD-Fraktion für den Ankauf des Speichers und verweist auf das zusammengehörende Ensemble Schloss, Marstall, Speicher. Bei dem Wirtschaftshof an seiner Nordseite begrenzende Backsteinspeicher handele es sich um einen Teil einer Sachgesamtheit, dessen Erhaltung aus geschichtlichen und städtebaulichen Gründen erfolgen sollte. Es sollte dort eine Nutzung gefunden werden, die sich selbst trägt. Voraussetzung hierfür ist der Erwerb des Speichers durch die Stadt.

Stadtverordneter Egan erklärt, dass die WAB-Fraktion dem Erwerb des Speichers aus wichtigen städtebaulichen Gründen zustimmen wird. Der Speicher bilde das Potential für neue Akzente mit der Möglichkeit neue städtebauliche Räume und Lokalitäten als Treffpunkt für die Menschen zu schaffen, was ggf. auch von privaten Investoren erkannt werde mit der Folge, dass erhebliche private Mittel fließen könnten. Die historische Bausubstanz des 120 Jahre alten Speichers sollte erhalten bleiben. Er verweist darauf, dass viele historische Gebäude in Ahrensburg in der Vergangenheit zum Abbruch gestanden hätten. Aufgrund der Gewährung der Städtebauförderungsmittel könne der Speicher zu einem geringen Kaufpreis erworben werden. Die städtebaulichen Chancen seien höher zu bewerten als die finanziellen Risiken. Dieses Projekt beinhalte 3 % des Gesamtvolumens der Städtebauförderung. Bei Ablehnung zu dem Projekt „Speicher“ würde die Städtebauförderung bereits im Anfangsstadium in eine Schieflage geraten.

Stadtverordneter Conring erklärt im Namen der CDU-Fraktion, dass der Rückkauf und die Sanierung des Speichergebäudes mit dem Erhalt historischer Bausubstanz ein tolles Projekt sei. Im Haushaltsentwurf 2016 bestehe jedoch ein Haushaltsdefizit von rd. 5,3 Mio. €, obwohl bereits von der Verwaltung in diesem Entwurf Steuererhöhungen von rd. 2 Mio. € eingestellt worden seien. Ohne die Steuererhöhungen betrage das Defizit ca. 7 Mio. €. Außerdem bestehe ein Missverhältnis zwischen Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben. Die Gewerbesteuerereinnahmen hätten sich signifikant – insbesondere im Jahr 2015 von 20 Mio. € auf 15 Mio. € – verringert. Es bestehe wenig Hoffnung, dass sich das hohe Gewerbesteuerniveau der vergangenen Jahre zukünftig wieder einpendele. Andererseits würden kontinuierlich die Ausgaben in Ahrensburg gesteigert. Bei dem Projekt des Speichers handele es sich um eine erhebliche neue Investition mit Sanierungskosten in Höhe von 2,5 Mio. € bis 4 Mio. €, Folgekosten seien nicht bekannt. Eine seriöse Finanzplanung liege nicht vor. Würde die nächsten Jahre weiter so gearbeitet, dürfe man sich zukünftig die Frage stellen, welche Einrichtungen geschlossen werden müssten. Die Stadt sollte sich nicht an weitere Einrichtungen mit erheblichen jährlichen Unterhaltungskosten binden.

Stadtverordneter Hansen führt im Namen von Bündnis 90/Die Grünen aus, dass Bündnis 90/Die Grünen dem Erwerb und Erhalt des Speichers zustimmen werde. Ahrensburg habe in der Vergangenheit viel an historischer Bau substanz verloren. Ein so exponiertes prägendes Gebäude wie der Speicher müsste bewahrt werden. Zum Schloss gehöre auch das Gesamtensemble einschl. Speicher. Es sollte nicht alles aus finanziellen Gründen „dem Erdboden gleich gemacht werden“.

Stadtverordnete Hengstler von der CDU-Fraktion berichtet, dass der Juki 42 für 1,5 Mio. DM gebaut worden sei, da damals eine Nutzung des Speichers als Jugendzentrum für die Jugendlichen aus gesundheitlichen und aus bautechnischen Gründen nicht vertretbar gewesen sei. Der Speicher sei deshalb von der Stadt veräußert worden. Der letzte Mieter sei 2000 aus dem Speicher ausgezogen, da man in diesem Gebäude kein Geschäft mehr betreiben konnte. Auch die Käufer hätten an dem Objekt 15 Jahre nichts gemacht.

Stadtverordneter Bellizzi lehnt im Namen der FDP-Fraktion den Erwerb des Speichers ab. Der Speicher sei in dem jetzigen Zustand nicht nutzbar. Der derzeitige Inhaber habe kein Interesse daran, die Immobilie zu behalten und fordere die Stadt anwaltlich auf, von der Rückkaufklausel Gebrauch zu machen. Auf Nachfrage der FDP-Fraktion bei verschiedenen städtischen Vereinen und Verbänden, den Speicher für 1 € von der Stadt zu erwerben, sei dies abgelehnt worden, es sei denn, die Stadt übernehme die Folgekosten in Höhe von 2 Mio. € bis 4 Mio. €. Die Einrichtung einer Kulturstätte an diesem Standort bedeute die Übernahme der Kosten durch die Stadt für die Sanierung, einschl. Einrichtung wie Bühne, Tontechnik ebenfalls in Höhe ca. 3 Mio. €. Selbst der Betrieb durch Kulturvereine müsse von der Stadt bezuschusst werden. Spätestens mit dem Hinweis, der Erhaltungswürdigkeit des Speichers, würden Privatinvestoren Abstand von dem Erwerb des Gebäudes nehmen. Gegenstand der Beschlussvorlage seien somit Kosten in Höhe von 180.000 € für den Erwerb plus Instandhaltungskosten in Höhe von 3,5 Mio. € bis 4 Mio. € sowie die laufenden Betriebskosten. Weil die Finanzierung durch die Stadt erfolge, bedeute dies zwangsläufig Steuererhöhungen. Da die Stadt Ahrensburg in dieser Zeit deutlich andere Schwierigkeiten zu bewältigen habe, könne die FDP-Fraktion in dieser Situation dem Beschlussvorschlag nicht zustimmen. Stadtverordneter Bellizzi verlangt im Namen der FDP-Fraktion namentliche Abstimmung.

Stadtverordneter Conring weist darauf hin, dass ein Abbruch des Speichers durch den Eigentümer nicht zulässig sei, da das Gebäude mit der Option einer Hotelerweiterung veräußert worden sei. Laut Erhaltungs- und Gestaltungssatzung sei das Gebäude als erhaltungswürdig gekennzeichnet. Das Landesamt für Denkmalpflege denke über eine Aufnahme des Objektes in die Denkmalschutzpflege nach.

Es folgen weitere Wortbeiträge durch Stadtverordnete Egan und Schmick.

